



## Nötig, möglich, wirksam: Kommunale Beschaffung von Arbeits- und Sicherheitsschuhen mit ökosozialen Kriterien

Wer Arbeits- und Sicherheitsschuhe trägt, braucht verlässliche Informationen: Bis zu wie viel Grad sind sie feuerfest? Welchen Druck- und Stoßeinwirkungswiderstand hat die Kappe? Sind die Schuhe leitfähig? Schützen sie mich gegen Chemikalien, und gegen welche? Um diese und viele weitere Fragen zu beantworten, helfen insbesondere die Kennzeichnungen nach den Normen DIN EN ISO 20345 (Sicherheitsschuhe) und DIN EN ISO 20347 (Berufsschuhe).

Wer Arbeits- und Sicherheitsschuhe trägt, möchte in der Regel auch, dass sie unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wurden. Waren die Arbeiter\*innen ausreichend vor Chemikalien wie Chrom und Schwefelsäure geschützt? Hatten sie rechtliche Sicherheit, bei Betriebsunfällen Unterstützung zu erfahren? Erhielten sie einen existenzsichernden Lohn? Konnten sie sich in Gewerkschaften organisieren? Arbeiteten sie ohne Zwang? Für diese Fragen gibt es jedoch keine entsprechende, ähnlich verlässliche Kennzeichnung. Das Risiko für Menschenrechtsverletzungen bei der Herstellung von Schuhen ist jedoch sehr groß. Das stellte im Frühjahr des Jahres 2020 auch eine Branchenstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales fest (Weiss et al. 2020).

Es muss sich deshalb etwas ändern in der Schuhwelt. Viele Kommunen wollen nicht länger als Verbraucher\*innen an diesen weltweiten Missständen beteiligt sein. Sie fordern zum Beispiel Nachweise, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei der Herstellung von Produkten eingehalten werden, die sie kaufen. Dieser Text gibt einen Einblick in die Missstände und beschreibt, wie und warum Angestellte in Kommunen in Deutschland einen entscheidenden Teil dazu beitragen können, dass sich Geschäftspraktiken weltweit verbessern.

### Kommunale Beschaffung von Arbeits- und Sicherheitsschuhen mit ökosozialen Kriterien ist nötig.

Die Schuh- und Lederindustrie gilt schon lange als Hochrisikoindustrie in Bezug auf die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards. Insbesondere die Lederindustrie gehört zu den ‚giftigsten‘ überhaupt. Von den entwicklungspolitischen Zielen menschenwürdiger Arbeit (SDG 8) und nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12) sowie dem Zugang zu sauberem und bezahlbarem Wasser für alle bis 2030 (SDG 6) ist die Industrie weit entfernt.

So schilderte die Süddeutsche Zeitung die Eindrücke, die Entwicklungsminister Gerd Müller auf seiner Indien-Reise gemacht hatte: „In Indien habe er Kinder gesehen, die in einer Gerberei arbeiteten. Mit nackten Füßen und ohne



Handschuhe hätten sie ‚in diesen großen Bottichen‘ gestanden, ‚in dieser Chemielauge‘ zur Herstellung von Leder“ (Bauchmüller et al. 2020). Auch zu anderen Ländern wie beispielsweise Bangladesch wurde in den letzten Jahren von Kinderarbeit in Gerbereien berichtet, mit Giftstoffen und ohne ausreichende Schutzkleidung (vgl. z.B. Boseley 2017).

Tatsächlich sind die Gesundheitsrisiken durch die Verwendung von giftigen Chemikalien auch für Erwachsene eine große Gefahr. Arbeiter\*innen erleiden Hautkrankheiten, Atemwegsprobleme und/oder andere, schwere Erkrankungen, weil der Arbeitsschutz während der vielen Verarbeitungsstufen von der Rohhaut zum Leder unzureichend ist. Darüber hinaus wird für die entsprechenden Verfahren sehr viel Wasser benötigt, das hinterher aufwendig gereinigt werden muss. Oft geschieht dies nicht in ausreichendem Maße. Ganze Landstriche, in denen Leder hergestellt wird, weisen einen sinkenden Grundwasserspiegel und vergiftete Gewässer und Grundwasserbestände auf. Auch vergiftete Feststoffe wie Fell, Fleischreste und Fette vom Säubern der Häute werden oft unsachgemäß entsorgt. Dokumentiert sind solche Missstände vielerorts, beispielsweise in Äthiopien, Bangladesch, Indien, Indonesien und Pakistan (siehe Gojowczyk 2020).



Sowohl in der Leder- als auch in der Schuhindustrie sind noch andere große Verletzungen von Arbeits- und Menschenrechten bekannt. Die Liste der Problembereiche umfasst neben

- Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz
- und dem Risiko von Kinderarbeit:
- zu lange Arbeitszeiten einschließlich nicht (oder nicht ausreichend) bezahlter Überstunden;
- Zwangsarbeit;
- fehlende Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und massive Einschränkungen des Rechts, im Kollektiv zu verhandeln;
- problematische Beschäftigungsverhältnisse ohne rechtlich belastbare Verträge (sowohl bei Fabrik-, als auch bei Heimarbeiter\*innen);
- unzureichenden Schutz vor Diskriminierung, Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz;

Die verdienten Löhne sind gleichzeitig in allen genannten Ländern zu gering, um davon menschenwürdig zu leben. Die gesetzlich verankerten Mindestlöhne einiger Länder sind meist sehr niedrig, aber auch diese werden teilweise nicht gezahlt. Heimarbeiter\*innen, die pro Paar bezahlt werden, bekommen für ihre harte Arbeit meist nur sehr wenig Geld. Meist sind sie ohne Arbeitsvertrag beschäftigt und damit ohne rechtliche Sicherheiten.

Nicht nur die Zulieferer im Ausland, sondern auch die einkaufenden Unternehmen in Deutschland könnten sich besser



*Ein Laster voller Leder-Zwischenprodukte, am Straßenrand stapeln sich die Chemikalienfässer (hier in Indien; Gojowczyk/SÜDWIND e.V. 2020).*

Auch schon vor dem Gerben können Probleme auftreten. Die Lederindustrie beispielsweise in Brasilien fußt auf der Rindfleischindustrie, die einen beständigen Nachschub an Rohhäuten garantiert. Die Fleischindustrie Brasiliens allerdings stand insbesondere aufgrund von Regenwaldabholzung und illegalen Landnahmen in den letzten Jahren massiv in der Kritik.

Auch bei Schuhen ohne Leder besteht ein hohes Risiko, dass im Zuge des Produktionsprozesses Menschen und Umwelt leiden. So werden beispielsweise ohne Atemschutz Einzelteile mit Klebstoff zusammengefügt, der giftige Gase freisetzt. Andere verwendete Rohstoffe wie Baumwolle oder Kautschuk werden häufig unter problematischen Bedingungen geerntet. Deshalb ist es keine Lösung, schlicht auf Lederprodukte zu verzichten.



verhalten. Sie üben einen extremen Preis- und Zeitdruck auf die liefernden Betriebe aus. Sie nutzen ihre Macht als finanzstarke (Marken-)Unternehmen gegenüber den liefernden Betrieben, die sich weltweit in einem harten Wettbewerb befinden, aus. Zulieferbetriebe trauen sich selbst in Stoßzeiten nicht, kurzfristige Aufträge abzulehnen. Von den liefernden Betrieben wird der enorme Druck an die Arbeiter\*innen zum Beispiel mit unbezahlten Überstunden und Einschüchterungen weitergegeben. Hiesige Unternehmen mit selbstgeführten Fabriken im Ausland tragen auch mit (Überlegungen zu) Standortverlagerungen zur Härte des internationalen Wettbewerbs bei, mit denen die Produktionskosten weiter gesenkt werden sollen.

Zunehmend werden außerdem Länder in Europa, Afrika und dem Mittleren Osten als Möglichkeiten erwogen, um weniger abhängig von der Produktion in Asien zu sein. Dazu zählen zum Beispiel Albanien, Rumänien, Marokko, Tunesien und die Türkei. Entgegen anderer Darstellungen ist eine Verlagerung der Produktion in diese Regionen aber auf keinen Fall eine Garantie für bessere Arbeitsbedingungen. Studien haben in den letzten Jahren zeigen können, dass die Probleme nicht an den europäischen Grenzen aufhören. „Made in Europe“ ist kein Garant für gute Produktionsbedingungen (siehe Gojowczyk 2020).

Im Zuge der Covid-19-Pandemie geraten Unternehmen weltweit unter Druck. Zulieferbetriebe der Schuh- und Bekleidungsindustrie zum Beispiel in Myanmar, Indonesien oder Indien leiden darunter, dass internationale Aufträge zurückgenommen wurden und noch werden, Zahlungen nicht oder verspätet eintreffen und keine neuen Bestellungen mehr

getätigt wurden. Massenhaft wurden Menschen entlassen und nicht für bereits verrichtete Arbeit entlohnt. Für die Textilindustrie ist inzwischen umfangreich dokumentiert, dass auch europäische Markenunternehmen Aufträge kurzfristig stornierten. Selbst bereits bestellte Ware wurde aufgrund der Erwartung, sie in der Krise nicht verkaufen zu können, nicht abgenommen.

Die Folgen der Covid-19-Pandemie haben Arbeiter\*innen und ihre Familien weltweit in dramatische Lebenslagen gestürzt. Einkommen reduzierten sich drastisch oder fielen weg. Übliche Löhne in produzierenden Gewerben wie der Schuhindustrie erlaubten es selten, Rücklagen für Krisenzeiten aufzubauen. Deshalb bedeutet die Covid-19-Krise bereits seit ihrem Beginn für viele Menschen, selbst für die elementarsten Grundbedürfnisse wie Essen und Wohnraum kein Geld zu haben. Beschäftigte ohne Arbeitsverträge, wie etwa die meisten Heimarbeiter\*innen in der Schuhindustrie, können noch weniger als andere Arbeitnehmer\*innen Arbeitsrechte wie beispielsweise Lohnfortzahlungen geltend machen. Sie haben auch schlechteren Zugang zu staatlichen Sozialleistungen als formal Beschäftigte. Tatsächlich können weniger als die Hälfte aller Menschen weltweit irgendeine Form sozialer Sicherungssysteme in Anspruch nehmen (ILO 2020). In der Krise ist es umso wichtiger, globalen Ungleichheiten entgegenzuwirken (vgl. SDG 10: „Weniger Ungleichheiten“).

Unternehmen und Verbraucher\*innen in Deutschland profitieren davon, dass viele Staaten internationale und nationale Gesetze zum Schutz von Menschen und Natur nicht durchsetzen können oder wollen. Dass diese Gesetze nicht so strikt durchgesetzt werden, ermöglicht sehr niedrige Pro-



Foto: Yacine Imadialou / ILO



duktionskosten. Wer nicht an großem Unrecht beteiligt sein will, muss genau hinschauen. Das zeigt aktuell auch der Blick nach China: Es ist bekannt geworden, dass die chinesische Regierung mit schockierenden Methoden die muslimische Minderheit der Uigur\*innen unterdrückt. Geschätzt wird, dass etwa eine Million Uigur\*innen in Lagern interniert und in Fabriken zur Arbeit gezwungen werden. Nachweislich trägt diese Zwangsarbeit auch zur Produktion für internationale Abnehmer\*innen bei. Es ist davon auszugehen, dass jedes Produkt, das aus der Region Xinjiang exportiert wird, unter den Bedingungen dieser ganz massiven Menschenrechtsverletzungen hergestellt wurde. Doch einfach auf Produkte aus der Region zu verzichten, schützt nicht vor diesem Risiko: Allein zwischen 2017 und 2019 wurden mindestens 80.000 Uigur\*innen in Fabriken in verschiedenen Provinzen in China zur Arbeit gezwungen (Wulf 2020). Fast die Hälfte aller nach Deutschland importierten Schuhe kamen 2019 aus China.

*Wir können sie noch so gut putzen:  
Die Geschichte unserer Schuhe  
wird davon nicht sauberer...*

*... aber gemeinsam können wir etwas  
Anderes tun!*

## **Kommunale Beschaffung von Arbeits- und Sicherheitsschuhen mit ökosozialen Kriterien ist wirksam.**

Kommunale Beschaffung ist in Deutschland ein finanzielles Schwergewicht. Von den fast 500 Mrd. Euro, die jährlich von der öffentlichen Hand ausgegeben werden, verantworten mehr als die Hälfte die Kommunen (vgl. z.B. Müngersdorff/Stoffel 2020). Bei allen Formen (beim Direktkauf, bei der freihändigen Vergabe, bei beschränkten Ausschreibungen (auch mit Teilnehmendenwettbewerb) und bei öffentlichen Ausschreibungen) dürfen soziale und ökologische Anforderungen an das Produkt gestellt werden.

Wenn Kommunen in ihrem Einkauf fordern, dass bestimmte Sozial- und Umweltstandards nachweislich eingehalten wurden, senden sie Signale an Händler\*innen. Auch Hersteller\*innen erfahren – entweder direkt durch die Kommune oder durch die Fragen der Händler\*innen – von den ‚neuen‘ Ansprüchen. Sie erkennen zunehmend, dass es einen Markt für besser hergestellte Produkte gibt. Auch wenn es mit Kosten verbunden ist, Veränderungen umzusetzen, verschafft den Unternehmen nachgewiesene Sorgfalt in Bezug auf Sozial- und Umweltstandards bessere Chancen auf Aufträge. Einige Händler\*innen und Hersteller\*innen sehen deshalb auch Beschaffung mit solchen Ansprüchen positiv. Sie erkennen, dass ökologische und soziale Kriterien ihnen ermöglichen, wettbewerbsfähig zu sein (vgl. Gojowczyk 2020). Im Bereich der Arbeits- und Sicherheitsschuhe gibt es erste Anzeichen, dass einige Hersteller\*innen soziale und ökologi-

## **Kommunale Beschaffung von Arbeits- und Sicherheitsschuhen mit ökosozialen Kriterien ist möglich.**

### **Sind ökosoziale Anforderungen in der öffentlichen Beschaffung wirklich erlaubt?**

Ja! Soziale und ökologische Ansprüche sind in öffentlicher Beschaffung ebenso erlaubt wie Qualitätsanforderungen. Sie sind sogar politisch erwünscht. Schon seit einigen Jahren wird kommunale Beschaffung als Hebel für nachhaltige Veränderung gesehen und genutzt. Auf verschiedenen Ebenen – von internationalen Organisationen bis zur Kommune – gab es viel Zuspruch dafür, diesen Hebel zu aktivieren. So schließt etwa das SDG 12 der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zu Konsum- und Produktionsmustern die Bedeutung von Nachhaltigkeitskriterien in öffentlicher Beschaffung ein. Auch der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung sieht in der öffentlichen Beschaffung ein Handlungsfeld im Sinne der ‚staatlichen Schutzpflicht‘.

Im Jahr 2014 wurde die EU-Vergaberichtlinie so reformiert, dass soziale und ökologische Kriterien bei öffentlichen Vergaben berücksichtigt werden können. 2016 wurde diese Richtlinie in das deutsche Recht überführt. Die Gesetzgebung gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und die Vergabeverordnung sind der regulatorische Rahmen. Auf der Ebene der Bundesländer und der Kommunen bietet der Kommunale Kompass einen Überblick über die relevanten Beschlüsse (Kompass Nachhaltigkeit 2020). Die entsprechende Online-Plattform Kompass Nachhaltigkeit vermittelt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aktuelle Informationen und konkrete Hilfestellungen. Die Plattform ist ein Ausdruck des Ansatzes der Bundesregierung, öffentliche Verwaltungen dabei zu unterstützen, Nachhaltigkeitsaspekte in ihrem Einkauf zu berücksichtigen.



Foto: istock

Online-Plattform Kompass Nachhaltigkeit zum Beispiel Formulierungen von Ratsbeschlüssen und Ausschreibungsunterlagen.



Die Studie *Wo(rin) wir stehen: Kommunale Beschaffung von Sicherheitsschuhen mit ökosozialen Kriterien (2020)* des SÜDWIND-Instituts gibt tiefere Einblicke in die Problematik, zeigt Handlungswe-

ge auf und verweist auf weitere hilfreiche Leitfäden zur Beschaffung mit ökosozialen Kriterien. Eine dafür durchgeführte Befragung von Händler\*innen und Hersteller\*innen von Arbeits- und Sicherheitsschuhen zeigte, dass Unternehmen die Anforderungen der Kommunen wahrnehmen und beginnen, darauf zu reagieren. Die Befragung zeigte aber auch, dass für die Befragten die Gestaltung der Ausschreibungsunterlagen eine große Bedeutung für die Frage hat, ob sie sich auf Ausschreibungen von Kommunen bewerben. Ebenso von Bedeutung ist die Größe des Auftrags.

sche Verbesserungen in den eigenen Wertschöpfungsketten verwirklichen wollen. Das Engagement vieler in der öffentlichen Beschaffung hat dazu vermutlich einen sehr großen Beitrag geleistet. Vertreter\*innen von Unternehmen, die Sicherheitsschuhe herstellen, gehen davon aus, dass zukünftig immer mehr Kommunen immer strengere Anforderungen formulieren werden. Jetzt ist es entscheidend, dass die steigenden Ansprüche der öffentlichen Hand nicht nachlassen. Kommunen sollten die Bewegung der Branche unbedingt (weiter) unterstützen und kritisch vorantreiben.

Die Entwicklung hat eine große Bedeutung: Wenn Sicherheitsschuhe herstellende Firmen in der Zukunft aufzeigen, dass Verbesserungen möglich sind, kann die restliche Schuhindustrie in Deutschland kaum mehr argumentieren, sie könne das nicht. Würde es darauf aufbauend gelingen, über den Hebel der öffentlichen Hand die deutsche Schuhindustrie zu bewegen, ist das global von großer Bedeutung: Die deutsche Schuhindustrie hat weltweit eine enorme Marktmacht und damit die Möglichkeit, große Veränderungen zu bewirken (Weiss et al. 2020: 61, 183 ff.).

In Bezug auf weltweite Schuhexporte belegt Deutschland den vierten, in Bezug auf Importe sogar den zweiten Rang (nach Menge). Für sehr viele Länder weltweit gehört Deutschland zu den wichtigsten Abnehmerländern der dort hergestellten Schuhe (APICCAPS 2020). Die Erfahrung zeigt, dass zuliefernde Betriebe in diesen Ländern Veränderungen umsetzen, wenn verlässliche internationale Handelspartner\*innen diese nachdrücklich einfordern und unterstützen. Deshalb ist es nicht übertrieben zu sagen: Ein kleiner Schritt in der Kommune kann zu einem großen Schritt in der Schuhwelt beitragen. Bei diesem Schritt ist keine Kommune allein. Einige große und kleinere Kommunen haben bereits Wege kommunaler Beschaffung von Arbeits- und Sicherheitsschuhen und anderen Produkten mit ökosozialen Kriterien gesucht und gefunden. Sie teilen ihre Erfahrungen untereinander, treffen sich – wie beim Netzwerktreffen Faire Beschaffung – und teilen über die

Mit gut gestalteten Ausschreibungen können kommunale Vertreter\*innen also beeinflussen, wie viele Angebote sie bekommen. Allein können Beschaffer\*innen das aber nicht schaffen. Beschaffer\*innen brauchen dafür die Unterstützung der Bedarfsträger\*innen und auch der Vorgesetzten. Sie müssen ausreichend Zeit für die Vorbereitung haben. Je nachdem, wie Beschaffung vorher organisiert wurde, müssen mit allen Beteiligten vielleicht neue Abläufe überlegt und abgestimmt werden. Hilfreich ist es beispielsweise, den Einkauf von relevanten Produkten zentral zu organisieren, unter Umständen sogar in Einkaufsgemeinschaften mit anderen Kommunen oder innerhalb des Landkreises.

Nicht umsonst sprechen wir allerdings von der starken „Macht der Gewohnheit“. Diese macht es den Aktiven manchmal schwer, Veränderungen im Beschaffungswesen umzusetzen. Es gibt eine Reihe von Dingen, die alle Angestellten einer Kommunen tun können, um ökosoziale Beschaffung von Arbeits- und Sicherheitsschuhen zu befördern und zu erleichtern, z.B.:

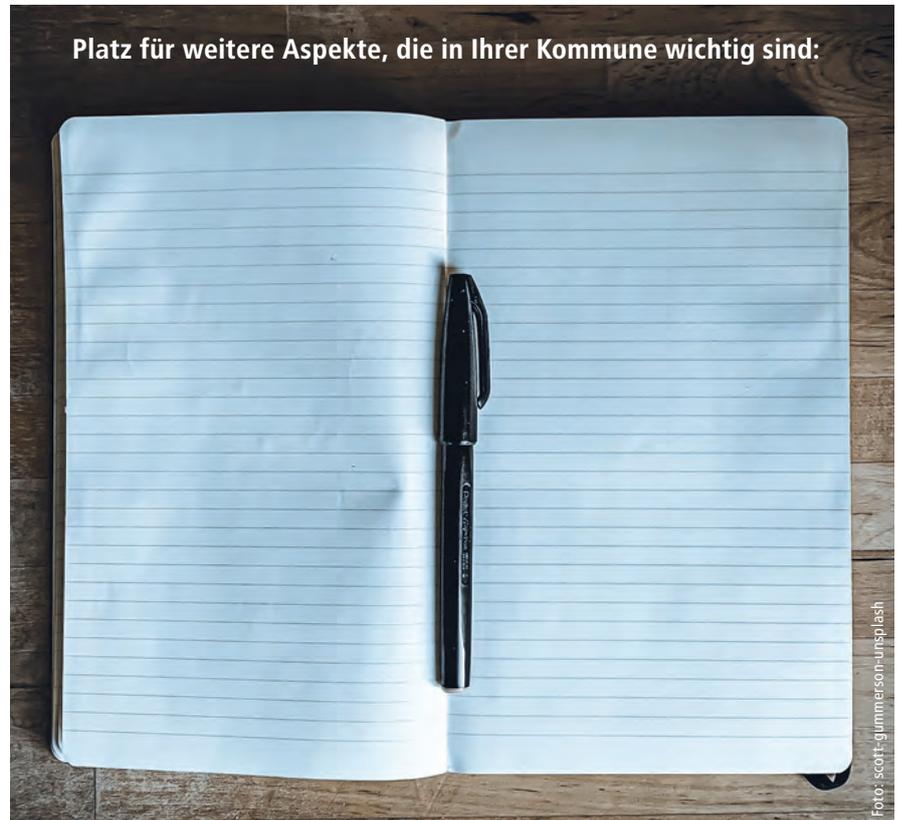
- Bedarfe frühzeitig ermitteln und, wenn möglich, bündeln;
- Bedarfe frühzeitig an zuständige Beschaffer\*in mitteilen;
- Aktuell üblichen Händler\*innen und Geschäften für Schuhkäufe die neuen Anforderungen begründet mitteilen;
- Nötige Umstellungen im Beschaffungswesen der Kommune anerkennend unterstützen;
- Andere Kolleg\*innen informieren und das Gespräch über die eigenen Handlungsmöglichkeiten suchen;
- Bisherige Präferenzen kritisch überdenken: Könnte ein anderes Produkt meinen Bedarf auch decken, vielleicht sogar besser?

## Eine Notiz von SÜDWIND e.V.

Ausschreibungen von Arbeits- und Sicherheitsschuhen mit ökologischen Kriterien sind Herausforderung für Beschaffer\*innen und ihre Unterstützer\*innen. Viele Beschaffer\*innen und kommunale Vertreter\*innen müssen aktuell aber auch neue Aufgabenfelder und Schwierigkeiten meistern, die mit der Covid-19-Pandemie und ihrer Eindämmung in Verbindung stehen.

Gleichzeitig ist offensichtlich, dass gerade in dieser Situation die Minderung sozialer und ökologischer Missstände bei der Herstellung von Schuhen dringlicher denn je ist. Menschen, die zuvor für Niedriglöhne in unwürdigen Verhältnissen gearbeitet haben, um Schuhe und andere Waren herzustellen, stehen teilweise vor dem Nichts. Während die Pandemie alle einschränkt, treffen ihre Folgen die Schwächsten am stärksten.

In dieser Situation kann es alle motivieren, die in der ökologischen öffentlichen Beschaffung aktiv sind, zu merken: Ihr Engagement hat bereits kleine Veränderungen im Sektor der Arbeits- und Sicherheitsschuhe bewirkt. Mehrere Unternehmen streben auch aufgrund der Ansprüche verschiedener Kommunen Verbesserungen an.



Das heißt aber nicht, dass sich Unternehmen nun auf bereits Erreichtes zurückziehen können. Je größer die globalen Nöte sind, desto offensichtlicher tritt die Notwendigkeit von Veränderung zutage. Diese kann nicht allein durch freiwilliges Engagement einiger Unternehmen erreicht werden. Für uns steht fest: Sorgfaltspflicht muss gesetzlich verbindlich für alle Unternehmen gelten.

### SÜDWIND

Seit fast 30 Jahren engagiert sich SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Anhand von konkreten Beispielen zu Missständen decken wir ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Dabei verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Durch Gespräche mit Verantwortlichen aus Politik und Unternehmen oder die Beratung von EntscheidungsträgerInnen in der Gesellschaft tragen wir so zu Veränderungen bei.

Die verwendete Literatur finden Sie unter <https://bit.ly/3716r9K> oder



Mit diesem Fact Sheet will SÜDWIND beitragen zu den SDGs 6, 8, 10 und 12



#### Impressum

Bonn, Dezember 2020

#### Herausgeber

SÜDWIND e.V.  
Kaiserstraße 201  
53113 Bonn  
Tel.: +49(0)228-763698-0  
info@suedwind-institut.de  
www.suedwind-institut.de

#### Bankverbindung:

KD-Bank  
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77  
BIC: GENODED1DKD

#### Autorin:

Jiska Gojowczyk

#### Redaktion und Lektorat:

Nathalie Grychtol, Clara Köhne

V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner

Gestaltung: [www.pinger-eden.de](http://www.pinger-eden.de)

#### Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn  
Gedruckt auf Recycling-Papier

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein SÜDWIND e.V. verantwortlich. Dank an Ashley Klein und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die inhaltliche und finanzielle Unterstützung. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global und dem BMZ wieder.

Gefördert durch

**ENGAGEMENT GLOBAL**  
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

**SERVICESTELLE**  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

mit Mitteln des

 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung